

Der Proletarier.

Organ des Verbandes der Fabrik-, Land-, Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.

Nº 14.

Diese Zeitung erscheint alle vierzehn Tage Sonnabends. Preis pro Quartal durch die Post bezogen 65 Pf. Eingetragen in die Postzeitungsliste Nr. 6241.

Hannover
Sonnabend, 12. Juli 1902.

Geschäftssteuer pro 3 gespalt. Zeile über deren Raum 25 Pf., für Zahlstellen 15 Pf. Offseten-Nahme 10 Pf. Redaktion: Schillerstr. 5. Verlag: Nicolastr. 46.

11. Jahrg.

Ergebnisse der Delegirtenwahlen zum 6. Verbandstage.

Gewählt sind folgende Kollegen:

1. Wahlkreis: L. Bruns, Hannover N.-O.
2. " G. Bergmann, Linden.
3. " E. Grohmann, Hildesheim.
4. " Fr. Ohlendorf, Braunschweig.
5. " K. Gelpke, Braunschweig.
6. " Stichwahl.
7. " Fr. Ahlem, Halberstadt.
8. " Heinr. Bauer, Wöchersleben.
9. " Fr. Hölske, Calbe.
10. " Aug. Blume, Neuhausenleben.
11. " R. Göcke, Gr.-Ottersleben.
12. " Alb. Dannehl, Schönebeck.
13. " R. Nachtwen, Bernburg.
14. " W. Haase, Dessau.
15. " Karl Köhler, Altenburg.
16. " Fritz Pahl, Greppin.
17. " Nowak, Berlin.
18. " Aug. Pohl, Charlottenburg.
19. " H. Kraatz, Potsdam.
20. " Stichwahl.
21. " Ed. Auge, Wolgast.
22. " H. Lehmann, Pommerensdorf.
23. " F. Otto, Kolberg.
24. " Aug. Heinzl, Striegau.
25. " Emil Böhle, Leipzig.
26. " Aug. Lambscha, Markranstädt.
27. " Frau Köhler, Dresden.
28. " Herm. Groß, Ohrdruf.
29. " Geb. Witt, München.
30. " Joh. Faber, Augsburg.
31. " L. Wörner, Cannstatt.
32. " A. Hauck, Speyer.
33. " J. P. Schreiner, Ludwigshafen.
34. " B. Adelung, Mainz.
35. " H. Lang, Frankfurt a. M.
36. " M. Meckel, Mühlheim a. M.
37. " M. Endchel, Offenbach a. M.
38. " W. Otten, Köln.
39. " F. Börger, Barmbeck.
40. " W. Wiese, Hamm.
41. " M. Schwarz, Rothenburgsort.
42. " Stichwahl.
43. " Frau L. Bieh, St. Georg.
44. " H. Kohpeis, Winterhude.
45. " A. Wiesenhüter, Ottensen.
46. " Fr. Voß, Langenfelde.
47. " G. Lamuschus, Schiffbek.
48. " J. Brühns, Wandelsbek.
49. " Stichwahl.
50. " Joh. Engelsbrechsen, Flensburg.
51. " Chr. Mathiesen, Apenrade.
52. " Wilh. Leye, Rendsburg.
53. " W. Stille, Bergedorf.
54. " J. Pape, Wilhelmsburg.
55. " Aug. Engel, Bremen.
56. " Franz Böger, Harburg.
57. " H. Martens, Harburg.
58. " Aug. Broocks, Harburg.
59. " Karl Mehe, Barel.
59. " H. Stadden, Lübeck.
59. " J. Bühr, Lübeck.
59. " Aug. Hinze, Stockelsdorf.

Aus dem 20. Wahlkreis war uns am 7. Juli ein Protokoll aus Mölln noch nicht zugegangen.

Im 5., 19., 42., 49. Wahlkreise sind Stichwahlen erforderlich. Die diese Wahlkreise bildenden Verbandsorte sind brieftisch zur Annahme der Stichwahlen bis zum 15. Juli aufgefordert.

J. A.: Aug. Brey.

Anträge zum 6. Verbandstag.

Gewährung von Kranken-Unterstützung.

Zahlstelle Magdeburg. Kranken-Unterstützung für Landarbeiter.

Mitglieder, welche frank werden, können, wenn sie zwei Jahre Mitglied sind, eine Unterstützung erhalten und zwar wie folgt:

Betrag	Wochenbeiträgen (2 Jahre)	pro Tag	pro Woche
156	(3 :)	0,50	3,-
208	(4 :)	0,57	4,-
260	(5 :)	0,88	6,-

Für Sonntage wird keine Unterstützung gezahlt, auch kommen halbe Tage nicht in Betracht.

Hat ein Mitglied während einer Krankheit für 42 Tage die volle Unterstützung erhalten, so kann es erst wieder nach 52 Beitragswochen, vom letzten Erhebungstage an gerechnet, Unterstützung erhalten.

Die Unterstützung ist eine freiwillige nach § 12 des Reglements, Zeile 4.

Bei Mitgliedern, welche bei Inkrafttreten des Statuts mindestens 2 Jahre dem Verbande angehören, tritt die Unterstützung sofort in Kraft vom 7. Tage der Krankheit an.

Unterstützungen unter 42 Tagen werden bis zu dieser Höhe zusammengerechnet, sofern die Krankentage innerhalb der vorgenannten 52 Wochen fallen.

Liegt zwischen zwei Krankheiten ein Zeitraum von weniger als 4 Wochen = 28 Tagen, so kann die Unterstützung gleich vom ersten Tage der Krankheit an gezahlt werden.

Der Unterstützung geht ein Mitglied verlustig:

1. Bei erweiterter Nichtbefolgung der im Statut enthaltenen Vorschriften und der durch dasselbe erlassenen Kontrolmaßregeln.

2. Wenn das Mitglied bei Meldung seiner Krankheit mit den Beiträgen noch im Rückstande ist und dieselben vor Bezug der Unterstützung nicht berichtigt. Bei Beitragsresten über 8 Wochen kann die Unterstützungsberichtigung auch durch Nachzahlung der Beiträge nicht erlangt werden.

3. Wenn ein Mitglied wissentlich falsche Angaben macht, um dadurch Unterstützung zu erlangen, wird dasselbe unter Verlust sämtlicher Rechte an die Zahlstelle und den Verband ausgeschlossen.

Jedes Mitglied ist verpflichtet, sich bei einer Krankheit sofort unter Vorlegung seines Krankenscheines beim 1. Bevollmächtigten oder dessen Stellvertreter zu melden.

Jedes Mitglied muß sich auch gefallen lassen, daß es von einem dazu bestimmten Verbandkollegen kontrolliert wird.

Auch muß das Mitglied bei Erhebung seiner Krankenunterstützung das letzte Gutachten des Arztes, welches auf dem Krankenschein bemerklich ist, mit zur Stelle bringen.

Zahlstelle Reichen. Gewährung von Krankenunterstützung.

Zahlstelle Hanau. Zahlstelle Eichhausen. Zahlstelle Bielefeld.

Arbeitslosen-Unterstützung.

Zahlstelle Hanau. Die Arbeitslosen-Unterstützung wird vom 1. Oktober 1902 ab nach einerjähriger Mitgliedschaft gewährt. Jedes männliche arbeitslose Mitglied erhält pro Jahr fünf Wochen lang 8 Mk. pro Woche Unterstützung, jedes weibliche Mitglied 4 Mk. pro Woche, jedoch darf die Unterstützung 40 Mk. für männliche und 20 Mk. für weibliche Mitglieder nicht übersteigen. Für die erste Woche der Arbeitslosigkeit wird Unterstützung nicht bezahlt.

Zahlstelle Winterhude-Eppendorf beantragt Einführung der Arbeitslosen-Unterstützung.

Zahlstelle Böckingen. Gewährung von Arbeitslosen-Unterstützung unter Erhöhung des Beitrages auf 25 Pf. für männliche und 10 Pf. für weibliche Mitglieder bei Wegfall der Streifondsmarken.

Zahlstelle Hirschberg. Einführung der Arbeitslosen-Unterstützung.

Zahlstelle Stockelsdorf. Einführung der Arbeitslosen-Unterstützung.

Zahlstelle Bürgel. Einführung einer Arbeitslosen-Unterstützung nach zweijähriger Mitgliedschaft bei einem Beitrag von 25 Pf. für männliche und 12½ Pf. für weibliche Mitglieder bei Fortfall der Streifmarken.

Zahlstelle Hildesheim. Die Auszahlung der Arbeitslosen-Unterstützung beginnt am 1. Oktober 1903. Die Beitragserhöhung tritt am 1. Oktober 1902 in Kraft.

Zahlstelle Niedleben. Die Arbeitslosen-Unterstützung tritt mit dem 1. Oktober 1903 in Kraft.

Zahlstelle Linden. Einführung der Arbeitslosen-Unterstützung an männliche Mitglieder bei zweijähriger Mitgliedschaft 6 Mk. pro Woche, bei dreijähriger Mitgliedschaft 8 Mk. pro Woche.

In weibliche Mitglieder nach zweijähriger Mitgliedschaft 3,50 Mk. pro Woche, bei dreijähriger Mitgliedschaft 5,50 Mk. pro Woche. Die Unterstützung wird 6 Wochen lang gewährt.

Zahlstelle Halberstadt. Die Arbeitslosen-Unterstützung ist bei einer Beitragserhöhung auf 25 Pf. für männliche und 10 Pf. für weibliche Mitglieder einzuführen.

Vor Einführung der Arbeitslosen-Unterstützung ist eine Urabstimmung zu veranstalten.

Gegen Arbeitslosen-Unterstützung.

Zahlstelle Thale. Der Verbandstag möge beschließen, von der Einführung der Arbeitslosen-Unterstützung abzusehen, da durch Einführung desselben der Charakter der Kampfesorganisation leidet.

Zahlstelle Wolgast. Von Einführung der Arbeitslosen-Unterstützung ist abzusehen, event. ist bei Annahme derselben die Fristenzeit auf zwei Jahre festzusetzen.

Zahlstelle Reichen. Arbeitslosen-Unterstützung ist abzulehnen.

Zahlstelle Welten. Dasselbe.

Zahlstelle Mannheim. Dasselbe.

Resolutionen zur Arbeitslosen-Unterstützung.

Zahlstelle Neumünster. Bis zum nächsten Verbandstag ist eine Urabstimmung vorzunehmen. Die Urabstimmung ist auf die Einführung der Arbeitslosen-Unterstützung und auf die damit verbundene Beitragserhöhung auszudehnen. Die Arbeitslosen-Unterstützung kann nur eingeführt werden, wenn zwei Drittel der Abstimmenden erklären sich dafür.

Zahlstelle Hannover NO. In Erwägung, daß die Einführung der Arbeitslosen-Unterstützung tief einschneidend innerhalb unseres Verbandes wirkt, und daß dieselbe ohne beträchtliche Erhöhung der Beiträge nicht durchführbar ist, wolle der Verbandstag beschließen, von einer Beschlusssitzung in dieser Angelegenheit abzusehen, vielmehr den Vorstand veranlassen, ungesäumt eine Urabstimmung in die Wege zu leiten; doch soll zur Einführung der Arbeitslosen-Unterstützung eine zwei Drittel-Majorität maßgebend sein.

Zahlstelle Cimbißbüttel. Hinsichtlich der Arbeitslosen-Unterstützung sehen wir uns während der jetzigen Krisis veranlaßt, uns gegen sofortige Einführung der Arbeitslosen-Unterstützung zu erklären; wir ersuchen den Verbandstag, die Arbeitslosen-Unterstützung vorläufig von der Tagesordnung abzusehen.

Zahlstelle Braunschweig erklärt sich im Prinzip für Einführung der Arbeitslosen-Unterstützung, hegt aber augenblicklich, zur Zeit der wirtschaftlichen Krise, und in Unbetacht der notwendigen Höhe der zu leistenden Beiträge Bedenken, dieselbe schon jetzt einzuführen; sie empfiehlt: 1. Der Vorstand hat nochmals eine Statistik zu veranstellen, 2. der Vorstand hat eine Urabstimmung darüber zu veranstellen, ob die Mitglieder in ihrer Mehrzahl prinzipiell für Einführung der Arbeitslosen-Unterstützung sind. Erklärt die Mehrheit sich für Einführung, so hat der Vorstand dem im Jahre 1904 tagenden Verbandstage eine entsprechende Vorlage zu unterbreiten.

Zur Arbeitslosen-Unterstützung.

Liegt es im Bereich der Möglichkeit, die Arbeitslosen-Unterstützung einzuführen, ohne daß daraus der Organisation finanzielle Schwierigkeiten erwachsen?

Diese Frage soll man diskutieren und zu beantworten suchen. Als Ausgangspunkt der Diskussion ist ja die vom Vorstand aufgestellte Statistik vorhanden. Der Vorstand scheint sich ja über die Frage klar zu sein, welches man einerseits aus der Statistik und ferner aus dem Antrag des Vorstandes entnehmen kann.

Unterzeichnetem erscheint die Statistik einseitig behandelt zu sein, so daß man die Schattenseiten nicht sehen kann. Die Grundlage der Statistik ist eine deutlich sumptige, daß ich darauf ein so schweres Gebäude wie die Arbeitslosen-Unterstützung nicht aufbauen möchte.

Sieht man sich die Statistik etwas näher an, so findet man, daß die Zahlen, welche der Vorstand zu Grunde gelegt hat, mit den übrigen Zahlen, soweit sie einem zur Verfügung stehen, nicht stimmen. Ferner ist die Bezeichnung in Bezug auf Ausfüllen der Statistikbogen eine recht mangelhafte zu nennen. Für letztere trifft den Vorstand keine Schuld, weil der selbe die Mitglieder auch nicht am Bande hat. Pflicht meines Erachtens wäre es aber vom Vorstand gewesen, die Zahl der Zahlstellen, wie die Zahl der Mitglieder, welche die Statistikbogen nicht ausgefüllt haben, mit in der Statistik zu veröffentlichen. Dadurch würde

man ein ganz anderes Bild bekommen haben, welches zur Vorsicht mahnt.

1898 hatten wir 156 Zahlstellen, wovon sich 113 an der Statistik beteiligt haben. Es fehlen mithin 43 Zahlstellen. An Mitgliedern hatten wir laut Verbandstag 1898: 14 603. Nach der Statistik vom Vorstand 1898: 17 766. Nach der Statistik vom 14. Jan und den übrigen Zahlstellen laut Protokoll: 21 451 Mitglieder. Welche Zahl nun die richtige ist, entzieht sich meiner Kenntnis und kann ich nicht beurtheilen. Differenz ist aber vorhanden. Beteiligt waren resp. die Statistikbogen ausgefüllt haben 1898 nur 10 979 Mitglieder oder 61,7 Prozent. Würde man nun immer die Zahlen, welche der Vorstand sich zu eigen gemacht hat, als maßgebend annehmen, also 17 766 Mitglieder, so sind es 6787 Mitglieder oder 38,3 Prozent, welche die Statistikbogen nicht ausgefüllt haben. Noch ungünstiger ist aber die Statistik vom Jahre 1900, welche ja die maßgebendste in Bezug auf Einführung der Arbeitslosen-Unterstützung für uns ist.

1900 hatten wir laut Protokoll vom 5. Verbandstag 259 Zahlstellen, hiervon haben sich nur 179 Zahlstellen an der Statistik beteiligt, fehlten 80 Zahlstellen. Verbandstag 1900 hatten wir 29 512 Mitglieder, nach der Statistik vom Vorstand 30 562. Davon haben sich aber nur 16 974 an der Statistik beteiligt oder 55,5 Prozent, nicht beteiligt 13 588 Mitglieder oder 44,5 Prozent. Diese Zahlen zeigen, daß beinahe die Hälfte der Mitglieder des ganzen Verbandes sich nicht an der Statistik beteiligt haben.

Wo dieses nicht fortzuwischen ist, muß man doch unbedingt zugeben, daß man dann kein klares Bild durch

die Statistik hat, und ferner kein so festes Urtheil

fallen kann, wie es verschiedene Mitglieder thun.

Unbedingt ist man doch ganz und gar im Un-

klaren, wie das Arbeitsverhältnis dieser 13 588 Mit-

glieder, doch gewiß keine kleine Zahl, gewesen ist.

Jedenfalls wird auch der Vorstand nicht annehmen,

dass diejenigen Mitglieder, welche die Statistikbogen

nicht ausgefüllt haben, die besten sind. Wenige

mögen dabei sein, die Mehrzahl wird man aber zu

den schlechten rechnen müssen, ich persönlich rechne sie

auch zu denen, die am meisten arbeitslos sind. Was mir

ferner Unzufriedenheit giebt, ist, wo wir unsere

Mitglieder noch nicht einmal so weit erzogen haben,

dass sie die Statistikbogen ausfüllen, dass es unmöglich sein

wird, eine geregelte Kontrolle über die Arbeitslosen zu

üben, damit der Verband dabei nicht zu kurz kommt.

Ferner wird der Denunziation Thüt und Thor ge-

öffnet und anstatt Mitglieder zu gewinnen, gehen uns

solche verloren.

Warum der Vorstand die weiblichen Mitglieder

zu Mitgliedern 3. Klasse in seinem Antrag degradirten

will, verstehe ich nicht.

Wenn die Männer 25 Pf. wöchentlichen Beitrag

zahlen sollen, und die weiblichen 15 Pf., muß

ihnen unbedingt auch $\frac{1}{2}$ von den Unterstützungsätzen

zustehen, welche die Männer erhalten. Es würden

dann die weiblichen Mitglieder bei

104 Wochen pro Tag 60 Pf., pro Woche 3,60 M.

136 : : 66 : : 3,96 :

208 : : 72 : : 4,32 :

280 : : 78 : : 4,68 :

erhalten. Nicht das kann für uns maßgebend sein,

dass wir die Pfennigstreiterei vermeiden, sondern dass

wir nach den Leistungen des Einzelnen auch gerecht

verfahren.

Im Prinzip vertrete ich denselben Standpunkt zur

Arbeitslosenunterstützung wie in Halberstadt.

Wo die wirtschaftlichen Verhältnisse aber nicht

besser, sondern noch schlechter geworden sind, die

Statistik ebenfalls noch mangelhaft ist, halte ich es

für angebracht, es bei der Halberstädter Resolution

noch zu belassen.

S. Bruns-Wandsb.

*

*

*

*

*

*

*

*

*

*

*

*

*

*

*

*

*

*

*

*

*

*

*

*

*

*

*

*

*

*

*

*

*

*

*

*

*

*

*

*

*

*

*

*

*

*

*

*

*

*

*

*

*

*

*

*

*

*

*

*

*

*

*

*

*

*

*

*

*

*

*

*

*

*

*

*

*

*

*

*

*

*

*

*

*

*

*

*

*

*

*

*

*

*

*

*

*

*

*

*

*

*

*

*

*

*

*

*

*

*

*

*

*

*

*

*

*

*

*

*

*

*

*

*

*

*

*

*

*

*

*

*

*

*

*

*

*

*

*

*

*

*

*

*

*

*

*

*

*

*

*

*

*

*

*

*

*

*

nommen. 370 088 Ml. kamen aus freiwilligen Beiträgen der Mitglieder, 88 668 Ml. durch Sammlungen und 238 779 Ml. durch Beiträge anderer Gemeinschaften ein. Aus dem Auslande wurden zur Unterstützung der Streiks 103 306 Ml. gesandt. Hierunter entfallen 99 029 Ml. auf die Glasarbeiter, 2038 Ml. auf die Kupferschmiede und 1493 Ml. auf die Fabrikarbeiter. In den anderen Gewerben war die Annahme der Hilfe des Auslandes nicht erforderlich.

Das Ergebnis des Kampfes im Jahre 1901 — so schließt der Bearbeiter der Statistik, Genosse Siegeln, seine Betrachtung derselben — ist, soweit der Erfolg der Streiks in Frage kommt, kein für die Arbeiter besonders günstiges gewesen. Bei der Mehrzahl der geführten Kämpfe in der Abwehr handelnd, mussten die Arbeiter wiederum erkennen, daß in der Periode ungünstiger Wirtschaftskonjunktur der Unternehmer sich oft als stärkerer Theil erweist. So wenig aber ein Rückgang in den Gewerkschaften während der Zeit der Krise den Beweis liefert, daß die Organisationen in solchen Perioden an Widerstandskraft einbüßen, so wenig ist das Unterliegen der Arbeiter bei einer größeren Zahl Streiks während der ungünstigen Konjunktur ein Beweis dafür, daß in solchen Perioden die Arbeiter nicht widerstandsfähig sind. Genügt es soll in der Zeit der Krise genau erwogen werden, ob es ratsam ist, um gestellte Forderungen zu streiken oder den Versuch der Unternehmer, eine Verschlechterung der Lohn- und Arbeitsbedingungen herbeizuführen, durch einen Streik abzuwehren. Über willenslos Alles hinnehmen, was die Unternehmer in solchen Zeiten den Arbeitern bieten, dazu kann Niemand, der die Rechte der Arbeiter gewahrt wissen will, raten. Starke Organisationen werden auch während der Krise die Angriffe erfolgreich abzuwehren vermögen.

Zur Lage der Zementindustrie.

Der jüngst erschienene Jahresbericht der Handelskammer in Oppeln enthält eine im Ganzen die Verhältnisse treffend schildernde Auskunft, bei deren Bewertung jedoch in Betracht gezogen werden muß, daß die Oppelner Handelskammer, was die Frage des Schutzzolles anbetrifft, im Wesentlichen auf dem vom Zentralverband deutscher Industrieller eingenommenen Standpunkt steht. Es heißt in diesem Bericht:

„Die Überproduktion, welche aus der in vielen Fällen planlosen und unter ungünstigen Voraussetzungen erfolgten Errichtung zahlreicher neuer Zementsfabriken hervorging, erwies sich als so gewaltig, daß alle Versuchungen, den Zusammenbruch durch Syndikate und Verkaufsvereinigungen aufzuhalten, erfolglos blieben. Das Jahr begann in der Portland-Zementindustrie mit einem Konkurrenzkampf der zu einem Syndikat geeinigten Westdeutschen Zementsfabriken gegen diejenigen Zementsfabriken, welche die Erfolgslosigkeit der Syndikatsbestrebungen voraussahen und sich den letzteren fernhielten. Es stellte sich bald heraus, daß das Syndikat und die zu ihm gehörigen ähnlichen Verkaufsvereinigungen der Überproduktion nicht Herr zu werden vermochten. Die ungeheuren Mengen von Portland-Zement, welche das Syndikat unterbringen sollte, waren umso weniger verkauflich, als der Bedarf an Portland-Zement nicht nur im Innlande, in Folge der schlechteren wirtschaftlichen Verhältnisse, keine weitere Ausdehnung gewann, sondern auch der Export eine sehr erhebliche Abnahme erfuhr. Die letztere Erscheinung ist für die deutsche Portland-Zementindustrie, welche den Weltmarkt bisher in erster Reihe beherrschte und hierauf nicht zum Wenigsten ihre große Entwicklung zurückführte, von einschneidender Bedeutung und findet ihre Erklärung nur zum kleinsten Theile in einer vorübergehenden Minderannehmefähigkeit der Importländer für deutschen Portland-Zement.“

In der Hauptsache ist die schwierige Lage des deutschen Zement-Exportgeschäfts in dem Umstande zu suchen, daß Länder, die bisher deutsche Ware importierten, dazu übergegangen sind, Portland-Zement im eigenen Lande in großen Mengen herzustellen. Insbesondere ist in Nordamerika innerhalb ganz kurzer Zeit eine großartige Portland-Zementindustrie entstanden, die heute schon den dortigen Markt so ausgiebig versorgt, daß der deutsche Export nach Nordamerika in einem raschen Rückgang begriffen ist. In Europa sind es namentlich Belgien, Österreich, die Schweiz und Russland, welche der deutschen Zementindustrie scharfe Konkurrenz machen. Würde letzteres nur auf dem Exportmarkt geschehen, so brauchte die deutsche Portland-Zementindustrie unter gleichen Voraussetzungen diese Konkurrenz nicht zu scheuen. Die Benachteiligung, welche die deutsche Zementindustrie der genannten Länder erfährt, beruht vielmehr darauf, daß diese Länder ihre Überproduktion nach Deutschland selbst unter den günstigsten Voraussetzungen abschieben, die darin bestehen, daß die ausländische Zementindustrie auf ihrem Heimatmarkt durch hohe Zölle auf deutschen Zement vor der deutschen Konkurrenz geschützt ist, daher hohe Inlandspreise erzielen kann und dadurch desto eher in der Lage ist, ihre Überproduktion zu den billigsten Preisen nach Deutschland zu verkaufen.“

Die auswärtige Konkurrenz auf dem deutschen Zementmarkt ist von ziemlich nebensächlicher Bedeutung; die Hauptschwierigkeiten, mit denen die deutsche Zementindustrie zu kämpfen hat, sind dadurch entstanden, daß während der Prosperitätsjahre von 1895/1900 eine lange Reihe neuer Anlagen und Betriebserweiterungen entstanden sind, zum Theil in der Hoffnung auf die Annahme des Mittellandkanal-Projekts durch das

preußische Abgeordnetenhaus, und daß gleichzeitig in den Vereinigten Staaten von Amerika und verschiedenen europäischen Staaten sich eine einheitliche Zementindustrie entwickelt hat, die den dortigen Markt dem deutschen Export entzieht.

Soziale Rundschau.

— **Wahlkampf über die Lage des Arbeitsmarktes.** So weit auch die Ansichten über den Grad der Schwierigkeitsbelastung im deutschen Gewerbe auseinandergingen, so stand doch für den Kohlenbergbau fest, daß er unter den Folgen der Krise weit mehr als im Vorjahr heimgesucht werde. Die Arbeitszählungen durch den Allgemeinen Knapschaftsverein zu Bimingham haben für das Rückgebiet eine starke Reduzierung des Belegschaftsanteils ergeben, die von Februar bis Mai ca. 10 000 Räder betrug. Dazu drohte noch an in den zeitlichen Feierlichkeiten der ungünstige Stand der Marktlage aus. Der hygienomatische Bedeutung des Kohlenbergbaues für den Gang der Industrie im Allgemeinen konnte es nicht auskönnen, daß die fortwährend geringe Nachfrage nach Kohle auf eine erneute Verschlechterung des allgemeinen Beschäftigungsgrades zurückzuführen war. In der That zeigt denn auch der Monat Mai einen so erheblichen Rückgang, daß der Stand des Arbeitsmarktes nunmehr ungünstiger ist als selbst im Mai des Vorjahres, in dem die Wirkungen des wirtschaftlichen Niederganges in ihrer ersten Stärke zum Ausdruck gelangten. Nach den Mitgliederziffern der Krankenkassen, sowohl sie an die Versicherung des „Arbeitsmarktes“ angellossen sind, erreichte die Zusammensetzung der Beschäftigten mit 0,2 Prozent noch nicht einmal den Satz des Vorjahrs mit 0,4 Prozent. In manchen Gewerben hat eine direkte Abnahme der Beschäftigten stattgefunden, so namentlich in der Schneiderei und Hutmacheri, im Brauereigewerbe und in manchen Zweigen der Metallindustrie. Im Bergbau und Hochofen-Betriebe. Daß aber auch in solchen Gewerben, in denen eine Zunahme der Beschäftigten stattgefunden hat, der Geschäftsgang stan sein muß, geht daraus hervor, daß die Zunahme in diesem Jahr bedeutend geringer ist als im Mai 1901. Über im Handgewerbe Münchens betrug die Steigerung der Beschäftigten dieses Jahr nur 0,8 Prozent gegen 6,8 Prozent im Vorjahr, in Stuttgart 3,0 Prozent gegen 11,6 Prozent. Auch im Textilgewerbe ist die Aufnahmefähigkeit für Arbeiter gesunken. In einigen Großstädten ist eine direkte Abnahme der Beschäftigten zu verzeichnen, so namentlich in Berlin, Dresden und München. Wo eine Zunahme stattgefunden hat, ist sie geringer als im entsprechenden Monat des Vorjahres, so in Leipzig, Stuttgart, Frankfurt a. M., Straßburg. Die Folge dieser Verschlechterung des Arbeitsmarktes kommt in dem unerwartet starken Anschwellen des Angebots an den öffentlichen Arbeitsnachweisen deutlich zum Ausdruck. Während im Vorjahr auf je 100 offene Stellen 145,1 Arbeitssuchende kamen, waren es im Monat Mai dieses Jahres nicht weniger als 172,0. Der Andrang ist besonders stark auf dem Arbeitsmarkt der männlichen Arbeiter, wo auf 100 offene Stellen 224,3 Arbeitsuchende kommen gegen 177,9 im Vorjahr. Die Verschlechterung des Arbeitsmarktes von einem Monat zum anderen springt hervor in die Augen, daß die vielfach aufgetretene Zuversicht, die Krise möchte überwunden sein, mit dieser neuen Wendung hinfällig geworden ist. Mit den Mai-Ausweise der Krankenkassen und Arbeitsnachweise ist die Signatur des Beschäftigungsgrades bis in den Herbst hinein in der Hauptsache für den gewerblichen Arbeitsmarkt festgelegt, wiewohl nicht ausgeschlossen ist, daß die vereinzelt schon begonnene Abwanderung nach dem Lande beim Naherlaufen der Errichtarbeiten den städtischen Arbeitsmarkt weiter entlasten.

Umfang der Krupp'schen Betriebe. Wie das „Berl. Tagebl.“ mittheilt, betrug nach der Aufnahme vom 1. April 1902 die Gesamtzahl der auf den Krupp'schen Werken beschäftigten Personen einschließlich Beamten: 43 083. Von diesen entfallen auf die Gußstahlfabrik Essen 24 536, das Grusonwerk in Buckau 2773, die Germaniawerft in Kiel einschließlich Tegeler Werk 3987, die Kohlenzechen 6159, die Hüttenwerke, Schieplatz Meppen 2. 5628. Nach der letzten der von Zeit zu Zeit auf den Krupp'schen Werken veranstalteten Aufnahmen betrug die Gesamtzahl der Krupp'schen Werksangehörigen (einschließlich Frauen und Kinder) in der Woche vom 14. bis 19. Mai 1900 147 645.

Zu den Werken der Firma Friedrich Krupp gehören laut dem Jahresbericht der Essener Handelskammer z. B.: die Gußstahlfabrik in Essen mit einem Schieplatz in Meppen, das Krupp'sche Stahlwerk vorm. J. Wöhler u. Co. in Unnen i. W., das Grusonwerk in Buckau bei Magdeburg, die Germaniawerft in Kiel; vier Hochofenanlagen bei Duisburg, Neuwied, Engers und Rheinhausen; eine Hütte bei Sayn mit Maschinenfabrik und Eisengießerei; drei Kohlenzechen, nämlich: Zeche Hannover, Zeche Hannibal und Zeche Sölzer u. Renck; eine große Anzahl von Eisensteingruben in Deutschland, darunter zehn Ziebau-Anlagen mit vollständiger maschinellem Einrichtung. Außerdem ist die Firma Fried. Krupp an Eisensteingruben bei Bilbao in Nordspanien beteiligt, und endlich gehört ihr eine Reederei in Rotterdam.

— Die Ausnutzung von Mooren. Eine internationale Gesellschaft plant eine eigenartige Ausnutzung der ausgedehnten Moorländerien in Oldenburg; sie will in einer Fabrik aus dem sogen. „Fleisch“ des Moores Gewebe, Matten, Tawert u. s. w. herstellen lassen. Ein Komitee der Gesellschaft hat in Moslesfeln schon vor längerer Zeit Untersuchungen des Moores vorgenommen, welche vorläufig zur Befriedigung ausgefallen zu sein scheinen. Jetzt läßt die Gesellschaft Moor per Schiff von Moslesfeln nach Oldenburg schaffen und dann nach Ohmstede transportieren, wo es auf einer dortigen großen Ziegelei geschlemmt wird. Die auf diese Weise erhaltenen fogen. Fleischfasern des Moores werden dann probeweise in einer ähnlichen Fabrik, wie man sie in Oldenburg anzulegen plant, verwertet werden. Von dem Aussatz dieser Versuche wird dann die Einrichtung eines großen Fabrikatelllements am Hunte-Gülskanal abhängen.

— Wülfslidenhütte in Harzburg. Aus dem von diesem Unternehmen erzielten Betriebsergebnis im Mai geht hervor, daß die Eisenindustrie noch immer mit Schwierigkeiten zu kämpfen hat. Es ergibt sich nämlich für den gesamten Monat ein Betriebserfolg von 6482 Ml. gegen einen Betriebserfolg von 39 380 Ml. im gleichen Monat des Vorjahres. In den ersten fünf Monaten des laufenden Jahres wurde ein Betriebser-

gewinn von 15 039 Ml. erzielt gegen 178 737 Ml. in der gleichen Zeit des Vorjahrs.

— Der Verbandstag deutscher Zinteindustrieller beschloß auf seiner jüngsten Generalversammlung, mit Rücksicht auf die verlustbringenden Preise die gegenwärtige Betriebseinschränkung vom Juli ab um 3 bzw. 4% Proz. zu erhöhen.

— **Unternehmergegewinn.** Die Sanierung der Sebnitzer Papierfabrik (Aktien-Gesellschaft), der Lieferant des Zeitungs-Großindustriellen August Scherl in Berlin, wurde durch eine in Dresden tagende außerordentliche Generalversammlung beschlossen. Als vor Jahresende der Papierring die Papierpreise in die Höhe schraubten, planten die großen Papierverbraucher durch Gründung einer eigenen Papierfabrik der Diktatur des Ringes sich zu entziehen. Die Fabrikgründung kam zwar nicht zu Stande, indessen verstand es Scherl auf anderem Wege, sich dem Druck des Ringes zu entziehen. Er gewährte der Sebnitzer Papierfabrik ein Darlehen von 1 Million zu Betriebsvergrößerungen und übertrug ihr die Lieferung seines ganzen Bedarfs von etwa 40 000 Kilo täglich auf 10 Jahre. Die Aktiengesellschaft nahm am 29. März 1901 das Unternehmen an. Die Betriebsvergrößerung verschlang aber wieder Erwartungen ein enormes Kapital, wodurch die Gesellschaft in Schwierigkeiten geriet. Dann suchte auch der Papierring unausgesetzt den guten Kunden der Fabrik abspenstig zu machen. Diese Kreisbereiche scheinen Erfolg gehabt zu haben, denn am 15. Mai d. J. soll Scherl tatsächlich vom Vertrage zurückgetreten sein. Die Sanierungsvorschläge gingen dar, daß bestehende Aktienkapital von 3000 Aktien zu 300 Ml. = 900 000 Mark um 2 Millionen Mark, die von den 48 Gläubigern der Gesellschaft in Vorzugsaktien zu 1000 Ml. aufgebracht werden sollen, zu erhöhen. Die Verdreifachung des Aktienkapitals wurde angenommen.

Die New-York-Hamburger Gummiwaren-Kompagnie hat im Jahre 1901 einen Betriebserfolg von 958 156 Ml. (im Vorjahr 885 260 Ml.), davon erfordern die Generalunkosten 436 922 Ml. (375 580 Ml.), die Abschreibungen 63 391 Ml. (56 033 Ml.), so daß ein Bruttogewinn von 458 446 Ml. (453 886 Ml.) verbleibt. Das Aktienkapital beträgt unverändert 1 800 000 Ml.; außerdem arbeiten 600 000 Ml. (600 000 Ml.) Hypotheken und 480 000 Ml. (610 000 Ml.) bspzeitige Vorrechtsanleihe. Der Reservesfonds hat die Höhe von 413 470 Mark (413 470 Ml.) erreicht.

— **Urgenädige Schulung der Arbeiter und verschlechterte technische Dispositionen** sollen einen ungünstigen Abschluß der Süddeutschen Asbest-Industrie, A.-G., Mannheim-Rheinau im Jahre 1901 verschuldet haben. Die Gesellschaft wurde im Herbst 1899 mit 350 000 Ml. zu 25 Prozent eingezahlten Aktienkapital gegründet, sie erzielte in 1901 zwar einen gegen das Vorjahr von 29 379 Ml. auf 33 605 Ml. erhöhten Rohgewinn, davon aber gehen für Unkosten und Löhne nicht weniger als 105 182 Ml. (1. B. 16 566 Ml.) ab, so daß nach 23 226 Ml. (8759 Ml.) Abschreibungen ein Verlust von 94 522 Ml. vorzutragen ist, im Vorjahr verblieb noch ein Gewinn von 2166 Ml. Das technische Vorstandsmitglied ist ausgetreten. Die Aussichten für 1902 seien günstiger. Auf ungenädige Schulung der Arbeiter wird das ungünstige Betriebsergebnis nicht zurückzuführen sein; an leistungsfähigen Kollegen ist kein Mangel. Wohl aber darf man die Frage aufwerfen: bezahlte die Süddeutsche Asbest-Industrie einen Lohn, daß intelligente Kollegen damit auskommen konnten, oder war die Bezahlung so niedrig, daß die Kollegen sich nicht einarbeiten konnten und unfreiwillig die Rolle der „Bugvögel“ ausüben mußten?

Vom sozialen Kampfplatze.

— In Ankam hat ein Fabrikant Münster Arbeiter deshalb entlassen, weil sie vom Rechte der Organisation Gebrauch gemacht haben. Nach dem Zeugnis seines Buchhalters soll der Fabrikant Mittheilung davon durch die Polizei erhalten haben, wer Mitglied war. So weit wir unterrichtet sind, hat die Polizei gegen diesen Körner, der ihr untersteilt, daß sie aus amtlich zur Kenntnis gelommenen Listen an Privatpersonen Mittheilung gemacht habe, nichts unternommen. Unterstellt die Polizei nichts gegen den Vorwurf, dann muß man die Schlussfolgerung ziehen, daß ihm Thatsachen zu Grunde liegen, gegen deren Wiederholung anzukämpfen Pflicht der Gewerkschaften sein muß. Beschwerden werden kaum nützen. Vielleicht interessiert sich die Generalkommission für dieses Kapitel der neuesten preußischen Staatsreiterei durch untere Beamte und wendet sich einmal unter Anführung der bekannt gewordenen Thatsachen an den preußischen Polizeiminister, damit dieser eine allgemeine Verfügung erläßt, um solche indirekte, ungefährliche Verwendung von Mitgliederlisten zu verhindern.

In der Ankamer Zeitung lagert ein Mann seine Skizzen ab, die den Zweck verfolgen, vorstehende Entlassungen, die weiter nichts sind als Sanktionen und Unterdrückungen der Arbeiter, zu rechtfertigen.

Er wirdet sich auch gegen unseren in Nummer 12 des „Proletarien“ veröffentlichten Artikel: „Die Kriegervereine mobil gegen uns“, und bezichtigt uns der Unwahrheit; der Artikel soll von Unwahrheiten strotzen. Aus Anlage und Inhalt des ganzen Geschwafels geht auch sein Zweck hervor: Denunziation der Arbeiter und sich an gewisser Stelle lieb und süß machen. Nach oben fließend, nach unten füllend. Wenn sich das Herrchen erst einmal genügend umgesehen haben wird in der Welt, daß man ihm ein Urteil über Vorgänge im öffentlichen Leben zutrauen kann, dann werden wir mit ihm über

Beilage zum „Proletarier“.
Sonneberg, 12. Juli 1902.

Hannover, 12. Juli 1902.

11. Jahrg.

N^o 14.

ଓনলাইন

Abrechnung für das 1. Quartal 1902.

Mitgabe.

Ginnitje.

Ausgabe

Signature.

Kunstgabe.

Zilanz der Abrechnung.

Gefammt-Niede:

Abrechnung des Streitfonds.

Rute Abrechnung.

Für das 4. Quartal 1901 haben weder Weiß noch Abrechnung gefandt: Budenheim, Welsdorf, Flagnit, Schleidig, Sonnenborn, Schwerle.

Geld ohne Abrechnung haben gesandt die Orte: Aalen, Augsburg, Rüthen, Schwieberdingen, Steige, Tilsit.

Abrechnung ohne Geld sandte: Heidenreich.

Für das I. Quartal 1902 haben weder Geld noch Abrechnung gesandt: Aibling, Barbis, Böddingen, Bruckmühl, Bubenheim, Burgdorf, Badnang, Celle, Eilenburg, Freiwaldau, Großhaußen, Greppin, Sonnenborn, Sebnitz, Stade, Stolzenhagen, Stiege, Gräfenmühlen, Heidenheim, Langenberg, Lautzen, Lorch, Marne, Melkendorf, Mühlheim a. d. N., Magdeburg, Schleiden, Schwabisch-Schwartz, Tülfte, Wesselsbuten, Wolmar-Sachsen, Ritter-Schulenburg, Wittenberg.

Geld ohne Abrechnung haben gesandt: Brinckum,
Danzig, Frankenthal, Friedrichroda, Göthen, Hörzig,
Osterode, Sarau, Schkeuditz, Wittenberge, Zöschen.

Uppenrode, Zetgau, Stegeln, Billwerder, Roslin.
Abrechnung und Geld haben zu spät gesandt: Beesen-
heim, Biedenburg, Thale, Halle-Süd, Heiligenhafen, Reinholdens-
leben, Rönn-Ehrenfeld, Heitersleidelheim, Höxter a. M., Braun-
lage, Gattensleben, Salbe, Uetersen, Dedenhuden, Rottorf i. Holst.,
Heide i. Holst., Darmstadt.

Correspondenz.

Witzen-Otterndorf. Eine gemeinschaftliche Versammlung fand am 3. Juni bei Wolters. Neben die Einführung der Arbeitslosen-Unterstützung in unserem Verbande entstand eine längere Debatte, an welcher BL und W. als Gegner teilnahmen, während DU. und BR. für dieselbe eintraten. Von den Gegnern wurde als hauptsächlichster Grund angeführt, daß die Erhöhung der Beiträge, wie sie die Arbeitslosen-Unterstützung bedingt, in Folge der wirtschaftlichen Lage unserer Mitglieder, speziell in Südw. und Mitteldeutschland, nicht ratsam sei. Die Versammlung erklärte sich jedoch in der Mehrheit für Einführung derselben, doch soll den Delegierten ein gebundenes Mandat mitgegeben werden. Einige vom Vorstand gestellte Anträge zum Verbandsstage werden angenommen. Bei der Wahl eines Delegierten entstand eine persönliche Auseinandersetzung. Von den 81 abgegebenen Stimmen erhielten Wiedenhofer 69, Wiesenbauer 65. Götter wünschte, daß der Vorstand auf dem Verbandsstage Stellung nehmre zur Angelegenheit des Kassirex's Bruns, Hannover, vom vorigen Verbandsstage, womit die Versammlung sich einverstanden erklärte. Um die Agitation besser beitreiben zu können, wird eine Agitationskommission von fünf Personen gewählt. Die Regierung will im Wirtsh. Jungclaus, Groß-Görlitz, betreffs unseres Sommerfestes wiederum dem Vorstand überlassen. Die Abrechnung vom Sommerfest ergab einen Überschuss von 46,65 Mark. Schließlich noch das Vorgehen der Bauarbeiter gegen unsere Ab-

legen, indem die Bauarbeiter vertrüten, bestreitete Hörungen unseres Verbandes auf Banten zum Übertritt in ihre Organisation zu bewegen. Redner verfasst noch die Erklärung unseres Vorstehenden, August Greß, vom letzten Verbandsstage, nach welcher an den Orten, wo sich Wahlstellen des Bauarbeiterverbandes befinden, die sich zur Aufnahme meldenden Bauarbeiter dieser Organisation zugeführt werden sollen. Im Bedrängen sollten sich unsere Kollegen durch nichts irrt machen lassen und ruhig in unseren Reihen verbleiben. Da gab noch bekannt, daß laut Beschuß der kombinierten Sitzung in Hamburg unseere Mitglieder, wenn sie auf Banten beschäftigt sind, an uns den selben Beitrag zu leisten haben, wie ihn die Mitglieder des Verbandes der Bauarbeiter bezahlen.

Charlottenburg. Am „Volkshaus“, Rosinenstraße 3, fand am Dienstag, den 10. Juni, unsere Mitglieder-Veranstaltung. Genügsame Frau Weigl hielt uns einen mit großer Beifall aufgenommenen Vortrag über die Ausbeutung der weiblichen Arbeitskraft. In der Diskussion sprach sich Kollege Stahlberg im Sinne der Referentin aus und forderte die Anwesenden, soweit sie nicht organisiert sind, auf, der Organisation beizutreten. Unter Verbandsangelegenheiten kritisierte Kollege Wohl die Mißstände bei der Firma Stark Söhne und fragt die dort beschäftigten Kollegen, was sie dagegen zu thun gedenken. Darauf gab Kollege Schurle die näheren Zustände bekannt; nachdem Kollege Hartfiel die Ausführungen Schurle's in einigen Punkten

berichtet hat, sind die Kollegen der Ansicht, daß die 36-jährige Schluß beim Bremerhaven wegen technischer Schwierigkeiten nicht abgeschafft werden kann. Diese Ausführungen trat Kollege Vogel entgegen, indem er ansah, daß diese Vorarbeit wohl abgeschafft werden könnte, wenn nur der gute Wille dazu wäre, an diesem Mangel es aber. Hierauf wurde die Versammlung nach Erledigung einiger interner Angelegenheiten geschlossen.

Flensburg. Sonnabend, den 14. Juni, Abends 8 Uhr, tagte im „Mühlenpavillon“ unsere regelmäßige Mitgliederversammlung, um die Diskussion über das Referat des Genossen Jacoby, „Die Arbeitslosenunterstützung“, zu erledigen. Mehrere Kollegen traten warm für die Arbeitslosenunterstützung ein. Sehr waren auch noch viele Zweifler, die da meinten, es sei überhaupt nicht denkbar, daß die Arbeitslosenunterstützung eingeführt werden könne. Doch wies Genosse Jacoby, welcher wiederum anwesend war, an der Hand statistischen Materials nach, daß die Einführung der Arbeitslosenunterstützung möglich sei und legte den Kollegen recht dringend ans Herz, bei einer etwaigen Abstimmung doch für die Arbeitslosenunterstützung zu stimmen. Kollege Schröder stellte den Antrag, die Arbeitslosenunterstützung obligatorisch einzuführen. Es wurde aber beschlossen, unserem Delegirten zum Verbandstag kein gebundenes Mandat zu geben. Die Abrechnung vom Kindervergnügen erstattete Kollege Kliche. Sie weist eine Einnahme von 120,65 Ml. und eine Ausgabe von 122 Ml. auf, schließt also mit einem Defizit ab. Es ist dies auf die zu schwache Beihilfung der Mitglieder zurückzuführen. Die allgemeine Interesselosigkeit nimmt überhaupt ueberhand; hoffen wir aber, daß sie nur eine vorübergehende Erscheinung ist, die bald verschwindet zum Ruhm aller.

Flensburg. Ein guter Agitationserfolg. Auf der Halbinsel Broader ist die Ziegelindustrie in bedeutendem Maße vertreten. Siegel an Siegel liegt am Strand der Elbmündung, Nübelnoor und Wenningbund entlang. Die Arbeitsverhältnisse der Ziegler sind in dieser Gegend dieselben traurigen, wie anderswo, und ebenso schändhaft sind theilweise die Wohnungsvorhältnisse der Leute. Das so oft gehörte Märchen der dänischen und deutschen Patrioten, in Nordschleswig gebe es kein soziales Elend in dem Sinne, wie anderswo in Deutschland, zerstört hier in nichts. Schwierig ist es allenhalben, die Ziegler für die Arbeiterorganisation zu gewinnen, aber noch schwieriger hier, wo der Nationalitätenkrieg: „Sie deutsch, sie dänisch!“ Niederschlag findet. Am Sonntag, den 1. Juni, war eine öffentliche Versammlung nach dem Votale des Herrn Brood in Schönbüll einberufen worden. Genanntes Dorf liegt dicht vor Broader. Trotz des den ganzen Tag anhaltenden starken Regens und der fast unpassierbaren lehnenden Wege waren die Besucher der Versammlung aus weiter Entfernung gekommen. Wir sahen Arbeiter aus Düppel, Nübel, Elbmündung selbst von Flensburg. Dieser Erfolg ist der in den letzten Wochen betriebenen energischen Agitation der Venneraden Kollegen zu verdanken. In der Versammlung sprach zunächst der Kollege Ch. Mathiesen-Vennerade in dänischer Sprache, ihm folgte der Kollege Ch. Müller-Flensburg als Redner in deutscher Sprache. Beide Referenten hielten den Erhöhten die Ursache und die Schäden der heutigen sozialen Verhältnisse vor Augen und appellierten für den Anschluß an die gewerkschaftliche Organisation. In der Diskussion beteiligten sich eine Anzahl der dortigen Arbeiter sowohl in deutscher wie in dänischer Sprache. Auch der Kollege J. Engelbrechten-Flensburg nahm das Wort. Es ließen sich 58 Mitglieder aufnehmen. Damit war eine Zahlreiche unserer Verbandes konstituiert und es wurden die Vorstandswahlen vorgenommen. Zu den verantwortlichen Posten gelang es, ältere, dort ansässige Personen heranzuziehen. Die Mitgliedslisten wurden sofort angelegt und die Gründungsarbeiten erledigt. Jedes Mitglied bekam sein Buch, in welchem es bereits einige Wochenbeiträge hatte quittieren lassen, sofort mit. Nach einigen kräftigen Schlußausführungen beider Referenten erfolgte mit einem begeistert aufgenommenen breitfachen Haß auf die neugegründete Organisation Schluß der Versammlung.

Hamburg. Versammlung am 5. Juni bei v. Salzen. Es gibt den Kartellbericht. Eine Anzahl von den Bevollmächtigten gestellter Anträge zum Verbandstag werden angenommen, u. a. der, den Sitz nach Hamburg zu verlegen und den Beitrag auf 20 resp. 10 Pf. zu erhöhen. Als Kandidaten zum Verbandstage für Hamburg und Elmshütten werden Chrus, Schäf, Frau Bruns und Soeller vorgeschlagen. Als Kandidaten wird Ruhn gewählt. Ein Kollege beschwerte sich über den Beamten der hanseatischen Ortsverfassung, ihm wurde für derartige Fälle das Arbeitserlösen empfohlen.

Am 17. Juni fand eine Extra-Versammlung statt wegen Bernahme der Stichwahl zum Verbandstage zwischen den Kollegen Chrus-Hamburg und Elmshütten-Simsbüttel und erhielt Chrus von 61 abgegebenen Stimmen 60. Es wurde noch beschlossen, ein Wirtschaftsgrüner abzuhalten.

Hamburg-St. Georg. Am 28. Mai tagte eine außerordentliche Mitgliederversammlung im Votale des Herrn Hommel. Tagesordnung: Anträge zum Verbandstag. Kollegen Bieck bringt folgende Resolution ein: „In Erwähnung, daß die Frage der Einführung der Arbeitslosenunterstützung für unseren Verband noch durchaus nicht gellässt ist, wir auch nicht wissen können, welche Schäde für und wider dieselbe auf dem Verbandstage geltend gemacht werden, erläßt die am 11. Juni tagende Versammlung der Zahnstelle St. Georg, es ihren Delegirten überlassen zu wollen, nach bestem Wissen und Gewissen auf dem Verbandstage hierüber abzustimmen.“ Diese Resolution wurde angenommen. Nachdem Kollege Bahlke den Kartellbericht gegeben, nimmt die Versammlung Stellung zu den Eingefandenen, sowie dem Versammlungsbericht der Speicherarbeiter. Kollege Bedard weist die Beschuldigung, er sei Lohnräuber, entschieden zurück. Er arbeite zwar für 21 Ml. die Woche, er sei aber, der Speicherarbeiter noch völlig unfundig, dort in Arbeit getreten, könne also auch nicht den Lohn eines eingearbeiteten Speicherarbeiters beanspruchen. Ferner arbeite er in Wochenlohn und erhalte die Feiertage bezahlt. Die tariflichen Vereinbarungen der Speicherarbeiter gelten aber nur für Tage und Stundenarbeit. Darnach sei er extra in der Sitzung von Heger und Hädele gefragt und als das festgestellt, hätten die ausdrücklich erklärt, wenn die Sache so läge, könnten man nichts dagegen einnehmen, und jetzt bestürdzige man ihn des Lohnrubes. In einer ganzen Reihe von Kaufmannsgeschäften sei es allgemein üblich, die Arbeiter für 20, 21, 22 Ml. anzunehmen und von Zeit zu Zeit den Lohn aufzubessern bis zu 38-40 Ml. die Woche. Selbst Hädele, der ihm das Schind und das befürdigt, arbeite unter 24 Ml. die Woche, müßte demnach ja auch Lohnräuber sein. Bahlke und Pionetti bestätigen, daß das von B. geschilderte allgemein das ja in Kaufmannsgeschäften. Der 1. Bevollmächtigte desgleichen, derselbe bemerkte noch, daß Gange habe seinen anderen Beweis, als einen Schlag gegen unseren Verband zu führen. Kollegen Bieck erklärt, daß der letzte Versammlungsbericht der Speicherarbeiter im Hamburger „Echo“, soweit er unseren Verband und ihre Person betrifft, genau das Gegenteil von der Wahrheit enthalte. In der erwähnten Versammlung habe sie die erhobenen Beschuldigungen sämtlich zurückgewiesen. Es waren übrigens nur zwei, das eine war nur eine Vermuthung, sie lautete: Im Jahre 1897 sei von unserer Seite bei Nathan u. Philipp eifrig agitiert worden, und jedenfalls sei das jetzt wieder so. Die Beschuldigung, wir agitieren mit dem Hinweis auf die Krankenunterstützung, habe sie damit widerlegt, daß wir Krankenunterstützung gar nicht bezahlen. Die Beschuldigung gegen unsere Lohnkommission wurde aus von ihr zu erfüllen, obgleich sie nicht zur Sache gehörte, da dieselbe die Mai-Arbeiter und nicht die Speicherarbeiter betroff. Nachdem sie ja sämtliche Anklagen widerlegt, habe sie ihrem Redner über die gegenwärtige Belastung Ausdruck gegeben und erfuhr, lieber mittheilbar die Zustentzung zu bekämpfen, dabei bemerkend, was an ihr läge, um ein Mitmenschentheben zu ermöglichen, sei immer gezwungen und werde auch in Zukunft geschehen. Der Bericht behauptet zuerst das Gegenteil. Das wäre auch Hädele ganz genau, der übrigens in der Versammlung angegeben mußte, die im vorliegenden Bericht enthaltene Beschuldigung gegen Koll. Bieck sei gar nicht gezeigt und auf ihrer Verhalt, weshalb er, als Heger ihn darauf aufmerksam machte, dieselbe nicht aufzunehmen, erklärte Hädele, daß sei ihm der Raum bei „Echo“ zu klein. Dafür Beschuldigungen zu ergeben und sie in Veröffentlichungen erscheinen zu lassen, dazu sei der Raum ihm also nicht zu reichen, mögl. aber um den Wahrheit die Sache zu geben. Wer mit solchen Blättern, besonders in nunmehrigen Münzen, dem gegenüber ist jedoch weitere Art Beschämung. Sie geht es unter ihrer Würde, nochmals beständig auf diese wie auf formelle Beschuldigungen zu antworten. Auch Bedert verzögert auf eine weitere Spleiße im Sprachsal unter der Behauptung, daß diese Darlegungen im Versammlungsbericht aufgenommen werden. Nachdem besprochen, im September

der Erhöhung der Beiträge sowie der Einführung der Arbeitslosen-Unterstützung zustimmen werde. Eine Erhöhung der Beiträge sei unumgänglich notwendig. Die eigentliche strittige Frage sei nur die, ob Erhöhung um 10 Pf. resp. 5 Pf. pro Woche und Einführung der Arbeitslosen-Unterstützung, oder Erhöhung um 5 Pf. resp. 2½ Pf. ohne Einführung der Arbeitslosen-Unterstützung. Kollege Schulz wandte sich entschieden gegen diese Ansichten. Redner ist der Meinung, für die Arbeitslosen, sei unter allen Umständen Sache des Reiches. Aber kann man einen Krankengeldzuschuß gewähren, aber so lange das Krankenversicherungswesen nicht einheitlich geregelt, sei auch dies undurchführbar. Als Beweis für die Möglichkeit seiner Ansicht verwies er auf die Ausführungen Bebel's auf dem Stolper Parteitag, daß durch den Abstand des Segels genommen sei. Redner wandte sich dann Punkt für Punkt gegen Kollegin Bieck und erklärte, wir seien eine Kampfbewegung, und die Einführung der Arbeitslosen-Unterstützung sei undenkbar, da sie die Mitglieder zu sehr belasten würde. Mit 25 Pf. die Woche kämen wir nicht aus und dieser Beitrag sei schon viel zu hoch, das könnten die Arbeiter bei ihren niedrigen Löhnen nicht zahlen. Unseren armen Kollegen seien 20 Pf. schon zu viel. Wenn die Centralstelle gestrichen werden müsse, könne man es vielleicht dadurch, daß die Postkassen aufgehoben würden und nur die notwendigen Auslagen für die Bevollmächtigten zurückbehalten würden. Im höchsten Falle sei er für eine Erhöhung der Beiträge um 5 Pf. Ferner hätten wir keine Kontrolle über die Arbeitslosen. Er beantragte, dem Delegirten ein gebundenes Mandat mitzugeben, das ihn verpflichte, unter allen Umständen gegen die Einführung der Arbeitslosen-Unterstützung zu stimmen. Bahlke und B. P. sind für die Erhöhung der Beiträge und Einführung der Arbeitslosen-Unterstützung. Kollegin Bieck wendet sich gegen die Vorschläge von Schulz bezüglich der Aufhebung der Postkassen und zeigt ihm den Widerspruch, der darin liegt, als Argument gegen die Einführung der Arbeitslosen-Unterstützung den Auspruch Bebel's zu zitieren, der just das Gegenteil beweist. Entschieden wendet sie sich gegen den Antrag betr. des gebundenen Mandats. So viel Zutrauen müsse man Demeritigen, den man für würdig halte nach dem Verbandstage zu gehen, schenken, daß er dort nach bestem Wissen und Gewissen im Interesse der Organisation und der Organisierten stimme. Kollege Bieck aus der Uhlenhorster Zahnstelle wendet sich gegen die Erhöhung der Beiträge auf 25 Pf. und ist der Meinung, der vorige Verbandstag hätte sparen sollen an den Gehältern der Vorstandsmitglieder. Der 1. Bevollmächtigte spricht sich gegen die Einführung der Arbeitslosen-Unterstützung und für ein gebundenes Mandat aus. Es sei das leichter notwendig, damit es nicht gehe wie auf dem vorherigen Verbandstage, wo die Hamburger Delegirten Souillenarbeit gemacht und auf Veranlassung des Vorstandes ihre Anträge zurückzogen. Kollegin Bieck wendet sich entschieden gegen diese Ausbildung. Sie legt den Sachverhalt klar und zeigt, daß die Delegirten im Interesse des Verbandes so gehandelt, was vor 2 Jahren bei der Vertrüterstattung auch anerkannt sei, auch vom 1. Bevollmächtigten. Grimm spricht gegen die Arbeitslosen-Unterstützung. Bei der Abstimmung ist die Majorität gegen die Einführung der Arbeitslosen-Unterstützung und für die Erhöhung der Beiträge um 5 resp. 2½ Pf. pro Woche und Überholung der Streitmarke. Eine starke Minorität ist für die Einführung der Arbeitslosen-Unterstützung. Auf Antrag des Kollegen P. wird per Stimmzettel abgestimmt, wobei 64 für und 36 gegen ein gebundenes Mandat abgegeben werden.

Hamburg-St. Georg. Am 11. Juni tagte unsere Mitgliederversammlung im Votale des Herrn Hommel. Tagesordnung: Anträge zum Verbandstag. Kollegin Bieck bringt folgende Resolution ein: „In Erwähnung, daß die Frage der Einführung der Arbeitslosenunterstützung für unseren Verband noch durchaus nicht gellässt ist, wir auch nicht wissen können, welche Schäde für und wider dieselbe auf dem Verbandstage geltend gemacht werden, erläßt die am 11. Juni tagende Versammlung des Vorstandes ihre Anträge zurückzogen. Kollegin Bieck wendet sich entschieden gegen diese Ausbildung. Sie legt den Sachverhalt klar und zeigt, daß die Delegirten im Interesse des Verbandes so gehandelt, was vor 2 Jahren bei der Vertrüterstattung auch anerkannt sei, auch vom 1. Bevollmächtigten. Grimm spricht gegen die Arbeitslosen-Unterstützung. Bei der Abstimmung ist die Majorität gegen die Einführung der Arbeitslosen-Unterstützung und für die Erhöhung der Beiträge um 5 resp. 10 Pf. für weibliche und 10 Pf. für männliche Mitglieder oder für beide Theile um die Hälfte erhöht werden. Wenn auch der Beitrag um 5 resp. 10 Pf. erhöht wird, dann haben wir doch wenigstens die Arbeitslosen-Unterstützung. Kollege Schmidt ist zwar kein Gegner, aber er meint, daß die Erhöhung der Beiträge eine große Unruhe verursachen würde; es ist noch zu früh, damit zu kommen. Wir werden noch viele Kämpfe haben, wozu viel Geld erforderlich sein wird. Er rath ab, für Arbeitslosen-Unterstützung zu stimmen. Kollege Körner ist entschieden dafür, daß auf dem diesjährigen Verbandstage mit diesen Fragen begonnen wird. Dieser Schritt wird uns im Gegenthell fördern und wir können den uns Fernstehenden einen Fortschritt vor Augen führen. Kollege Busch ist der Ansicht, daß die Kontrolle für Hamburg eine schwierige sei, wir müßten ein Bureau haben, und um die Unosten zu bestreiten, würde eine Erhöhung um 10 Pf. nicht genügen. Nachdem noch mehrere Kollegen dafür und dagegen gesprochen, wurde ein Antrag auf Erhöhung der Beiträge mit Majorität angenommen. Hierauf wurde die Stichwahl zwischen Fr. Bieck und Koll. Bieck vorgenommen.

Hamm. Die letzte Mitgliederversammlung tagte am 19. Juni bei Herrn Sieberling. Da der Referent und der Kartelldelegierte nicht erschienen waren, mußten die beiden ersten Punkte der Tagesordnung ausscheiden. Unter „Arbeit hier am Orte“ wurde auf die Ausspeisung der Bauarbeiter hinzugekommen; wir sind selbst mit 145 Kollegen daran beteiligt.

Es wurde bekannt gemacht, daß die ausgesperrten Kollegen sich zur Kontrolle im Streitbüro der Bauarbeiter zu melden haben; die Streitunterstützung haben sie sich beim Kollegen Borchert in Barmbek, Odmann unserer Lohnkommission, zu holen. Betreßs Streitkondomsatz hat jeder Kollege, hauptsächlich die im Baufach beschäftigten, die genügende Anzahl zu nehmen. Unter „Verschiedenes“ wurde die Abrechnung von der Dampfertor verlesen. Einnahme 383,90 Ml., Ausgabe 373,- Ml. Dann wurde folgender Antrag der Bevollmächtigten angenommen: Jeder Kollege, welcher zum Festkomitee vorgezogen wird, hat zu den Sklungen sein Mitgliedsbuch zur Kontrolle mitzubringen. Dann fand eine Debatte betreffs der Arbeitslosen-Unterstützung statt, dahin ausgehend, dieelbe müßte auf dem Verbandstage unbedingt abgelehnt werden. Ein Antrag, der bezeichnet, die vermisschten Anzeigen aus dem „Proletarier“ fortfallen zu lassen, wurde abgelehnt.

Nauen. In der Mitgliederversammlung, die am 15. Juni tagte, wurde die Lohnfrage erörtert. Nachdem es schon lange an einem geeigneten Votale zu Versammlungen mangelte, ist es uns endlich gelungen, ein größeres Votale aufzutreiben. Der hiesige Wahlverein beauftragte seinen Vorstand, wieder einmal bei sämtlichen Saalbesitzern nachzufragen, ob sie ihren Saal zu Versammlungen zur Verfügung stellen, was auch nicht ohne Erfolg. Niemand ist. Die Witwe Schulz hier selbst gab zu, daß wenn jumilliche Gewerkschaften, die hier bestehen, ihre Versammlungen und Versammlungen bei ihr abhalten wollen, sie auch den Saal zu öffentlichen Versammlungen hergeben werde. Hierauf wurde beschlossen, die nächste Versammlung schon dort abzuhalten. Ferner wurde an Stelle des ausgeschiedenen Konsuls Joh. Schreiber der Kollege Heinrich Giermann vorgeschlagen. Aufnehmen ließen sich 4 Kollegen. Hierauf wurde die Versammlung geschlossen.

Werder. Am 21. Juni hielten wir unsere Versammlung im Kochischen Lokale, Fischerstraße 98, ab. Den Hauptgegenstand bildete der Streit auf der Borchmann'schen Ziegelei. Derselbe ist so gut wie beendigt zu betrachten, da sich genugend Streitbrecher gefunden haben. Alle anderen Kollegen haben anderweitig Arbeit gefunden bis auf einen, dem der Meister der Ziegelei den Abgangsschein verweigert, und ohne diesen bekommt der Betreffende keine Arbeit. Zu bedauern ist, daß die Streitbrecher lauter Verbandskollegen sind, die eine Woche Unterstützung bekommen und trotzdem in der zweiten Woche, ohne sich mit der Lohnkommission in Verbindung zu setzen, für den alten Lohn wieder angefangen haben. Es wurden folgende Kollegen auf unbekannte Zeit aus dem Verbande ausgeschlossen: Louis Michaelis, Hermann Kornemann, Karl Kornemann, Kiesler, Dümpl, Schinke und Meter.

Büttelbow. Sonnabend, den 28. Juni tagte eine öffentliche Versammlung. Genosse A. Hanisch referierte über das Thema: „Die Lage der Arbeiter in der Zement- und Eisenindustrie“. Er sprach zunächst über die Lage im Allgemeinen und ging dann speziell auf die Verhältnisse hier am Orte ein. Trotzdem die Sitzung der Hiesigen Zementfabrik in den Händen eines ausgesprochen liberalen Mannes ist, sind die Verhältnisse ganz gewiß nicht die rosigsten zu nennen. In der Diskussion wurde mitgetheilt, daß den Arbeitern, die den Tag über bei lösungsfreier Arbeitszeit den überaus schädlichen Zementstaub eingeatmet haben, verbietet wurde, unterwegs in einem Votale einzutreten, man ging sogar so weit und drohte bei Nichtbefolgung mit Entlassung. Auch vom „Bullen“ wurden einige Mitglieder angeführt. Leider war die Versammlung nur sehr schwach besucht.

das Stiftungsfest abzuhalten, und zum Schlus das Abschaffen des treuen Kollegen B. Märtin in üblicher Weise gehegt wurde, erfolgte Schlus der Versammlung.

Hamburg-Uhlenhorst. In der Mitgliederversammlung am 6. Juni bei Linnig erwähnte Kollege G., daß in nächster Zeit unser Verbandstag tagen wird, wo die Arbeitslosenunterstützung, Beitragserhöhung etc. in Diskussion gezeigt werden soll. Hierzu führt Kollege B. ans, daß prinzipiell der Staat verpflichtet sei, für die Arbeitslosen zu sorgen, jedoch seien wir aus tatsächlichen Gründen selbst verpflichtet, die Unterstützung der Arbeitslosen einzuführen. Gerade in den Industriezentren, wo die Arbeiter auf einen Haufen gezwängt sind, ist die Einführung der Arbeitslosenunterstützung notwendig. Ist sie in einer Organisation eingeführt, so wird der innere Zusammenhang ein viel starker werden. Dies sehen wir an einigen Verbänden, wo diese Unterstützung bereits eingeführt ist. Daß der Hirsch-Dunker'sche Gewerkeverein sich noch immer über Wasser gehalten, hat er den hohen Unterstützungen zu verdanken, die er seinen Mitgliedern zahlt. Redner erachtet die Versammlung, unserem Delegirten, den wir wählen, das Mandat mitzugeben, daß wir die Einführung der Arbeitslosenunterstützung wünschen. Kollege Biel ist zweifelhaft darüber, ob wir nach Zeuge's Ansicht handeln können; er glaubt nicht, daß es am Verbandstag gelingen wird, diese Frage zu lösen. Frau Bieck erinnert an die Worte, die sie vor mehreren Jahren über diese Frage geäußert hat. Wenn der Staat eine Arbeitslosenunterstützung einführen würde, wäre diese so, daß wir sie bekämpfen müßten; der Staat würde auch die Arbeitsvermarktung übernehmen und wir würden dadurch quasi unter Polizeiaufsicht gestellt werden. Wir müssen danach hinarbeiten, die Gewerkschaften als Träger dieser Sache einzuführen und der Staat muss seiner Zustufung geben. Vor vier Jahren habe sie erklärt, daß unser Verband der lezte sein wird, der diese Unterstützung einführen kann. Die gesetzten Arbeiter strömten im Winter den Fabriken zu und das Überangebot von Arbeitskraft ist vorhanden. Die Textilarbeiter haben vor zwei Jahren durch Erhöhung des wöchentlichen Beitrages um 10 Pf. viele Mitglieder, sogar ganze Zählstellen verloren. Wir leben noch immer unter der Krise, und ehe diese beseitigt sein wird, können wir an eine allgemeine Aufbesserung unserer Löhne und Arbeitsverhältnisse nicht denken. Was nötigen uns 6 Mark? sagte Biel, und doch streckt man beide Hände danach aus, um die allernotdürftigsten Nahrungsmittel zu beschaffen. In St. Georg ist auch die Frage aufgeworfen worden, wie die Kontrolle gelöst werden sollte. Auch handelt es sich um die Frage, sollen wir dafür stimmen, daß der Beitrag um 5 Pf. für weibliche und 10 Pf. für männliche Mitglieder oder für beide Theile um die Hälfte erhöht werden? Wenn auch der Beitrag um 5 resp. 10 Pf. erhöht wird, dann haben wir doch wenigstens die Arbeitslosen-Unterstützung. Kollege Schmidt ist zwar kein Gegner, aber er meint, daß die Erhöhung der Beiträge eine große Unruhe verursachen würde; es ist noch zu früh, damit zu kommen. Wir werden noch viele Kämpfe haben, wozu viel Geld erforderlich sein wird. Er rath ab, für Arbeitslosen-Unterstützung zu stimmen. Kollege Körner ist entschieden dafür, daß auf dem diesjährigen Verbandstage mit diesen Fragen begonnen wird. Dieser Schritt wird uns im Gegenthell fördern und wir können den uns Fernstehenden einen Fortschritt vor Augen führen. Kollege Busch ist der Ansicht, daß die Kontrolle für Hamburg eine schwierige sei, wir müßten ein Bureau haben, und um die Unosten zu bestreiten, würde eine Erhöhung um 10 Pf. nicht genügen. Nachdem noch mehrere Kollegen dafür und dagegen gesprochen, wurde ein Antrag auf Erhöhung der Beiträge mit Majorität angenommen. Hierauf wurde die Stichwahl zwischen Fr. Bieck und Koll. Biel vorgenommen.

Hamm. Die letzte Mitgliederversammlung tagte am 19. Juni bei Herrn Sieberling. Da der Referent und der Kartelldelegierte nicht erschienen waren, mußten die beiden ersten Punkte der Tagesordnung ausscheiden. Unter „Arbeit hier am Orte“ wurde auf die Ausspeisung der Bauarbeiter hinzugekommen; wir sind selbst mit 145 Kollegen daran beteiligt.

Es wurde bekannt gemacht, daß die ausgesperrten Kollegen sich zur Kontrolle im Streitbüro der Bauarbeiter zu melden haben; die Streitunterstützung haben sie sich beim Kollegen Borchert in Barmbek, Odmann unserer Lohnkommission, zu holen. Betreßs Streitkondomsatz hat jeder Kollege, hauptsächlich die im Baufach beschäftigten, die genügende Anzahl zu nehmen. Unter „Verschiedenes“ wurde die Abrechnung von der Dampfertor verlesen. Einnahme 383,90 Ml., Ausgabe 373,- Ml. Dann wurde folgender Antrag der Bevollmächtigten angenommen: Jeder Kollege, welcher zum Festkomitee vorgezogen wird, hat zu den Sklungen sein Mitgliedsbuch zur Kontrolle mitzubringen. Dann fand eine Debatte betreffs der Arbeitslosen-Unterstützung statt, dahin ausgehend, dieelbe müßte auf dem Verbandstage unbedingt abgelehnt werden. Ein Antrag, der bezeichnet, die vermisschten Anzeigen aus dem „Proletarier“ fortfallen zu lassen, wurde abgelehnt.

Nauen. In der Mitgliederversammlung, die am 15. Juni tagte, wurde die Lohnfrage erörtert. Nachdem es schon lange an einem geeigneten Votale zu Versammlungen mangelte, ist es uns endlich gelungen, ein größeres Votale aufzutreiben. Der hiesige Wahlverein beauftragte seinen Vorstand, wieder einmal bei sämtlichen Saalbesitzern nachzufragen, ob sie ihren Saal zu Versammlungen zur Verfügung stellen, was auch nicht ohne Erfolg. Niemand ist. Die Witwe Schulz hier selbst gab zu, daß wenn jumilliche Gewerkschaften, die hier bestehen, ihre Versammlungen und Versammlungen bei ihr abhalten wollen, sie auch den Saal zu öffentlichen Versammlungen hergeben werde. Hierauf wurde beschlossen, die nächste Versammlung schon dort abzuhalten. Ferner wurde an Stelle des ausgeschiedenen Konsuls Joh. Schreiber der Kollege Heinrich Giermann vorgeschlagen. Aufnehmen ließen sich 4 Kollegen. Hierauf wurde die Versammlung geschlossen.

Werder. Am 21. Juni hielten wir unsere Versammlung im Kochischen Lokale, Fischerstraße 98, ab. Den Hauptgegenstand bildete der Streit auf der Borchmann'schen Ziegelei. Derselbe ist so gut wie beendigt zu betr